



## **Die Auswirkungen von Anonymität im Internet auf die Meinungsäußerung im politischen Diskurs am Beispiel der Landtagswahlen 2016 in Baden-Württemberg**

Dr. Jan Rummel (Psychologisches Institut)

Prof. Dr. Sebastian Harnisch (Institut für Politische Wissenschaft)

Dr. Wolf Schüneman (Institut für Politische Wissenschaft)

Laufzeit: November 2015 - Dezember 2016 | Förderlinie II

### **Inhaltliche Kurzbeschreibung:**

Mit der Nutzbarmachung des Internets als Massenkommunikationsmedium hat sich eine neue Form der Kommunikation entwickelt – weg von der direkten Interaktion von Angesicht zu Angesicht hin zu einer online-basierten virtuellen Interaktion (Morris & Ogan, 1996). Gerade im vergangenen Jahrzehnt haben sich völlig neue internet-basierte Kommunikationsformen, wie etwa Chatforen und soziale Netzwerke etabliert, in denen es nicht nur zu einer Verbreitung von Informationen sondern auch zum Austausch auch von (politischen) Meinungen kommt (vgl. Papacharissi, 2002). Diese neuen Kommunikationsformen haben das Potential, die Kommunikation in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens zu erleichtern. Gerade im Bereich der politischen Partizipation erhofft man sich durch die neue Technologie eine Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung am politischen Meinungs Austausch und somit letztendlich eine Demokratisierung des politischen Diskurses (Shirky, 2008). Allerdings bleiben sowohl Quantität als auch Qualität der politischen Beteiligung in Form von internet-basiertem Diskurs hinter

diesen optimistischen Erwartungen zurück. Tatsächlich scheint es in virtueller Umgebung selten zu einem kontinuierlichen wechselseitigen Meinungsaustausch zu kommen, sondern häufiger nur zu einer punktuellen Meinungsexpression (Sarcinelli, 2014). Zusätzlich erscheint die Art der Kommunikation häufig eher konflikt- als konsensorientiert (Kneuer & Richter, 2015). Eine entscheidende Ursache für die oben dargestellten Defizite des virtuellen politischen Diskurses scheint in strukturellen Einflussfaktoren auf Organisationsebene zu liegen (z.B. Schünemann, Steiger, & Stier, 2016, i.E.). Daneben ist jedoch auch vorstellbar, dass situative sozialpsychologische Einflussfaktoren auf der Individualebene wirken und die oben dargestellten Probleme anteilig mit bedingen. In der Internetkommunikationsforschung wird betont, dass durch die erhöhte Anonymität bei der virtuellen Meinungsäußerung im Vergleich zur Meinungsäußerung im Gespräch von Angesicht zu Angesicht die soziale Kontrolle und somit auch die Bereitschaft zu sozial-adäquatem Kommunikationsverhalten reduziert ist (Ho & McLeod, 2008). Allerdings wurden solche situationsbedingten potentiellen Einflussfaktoren auf den virtuellen politischen Diskurs bisher kaum systematisch untersucht.

Im Rahmen des vorliegenden Forschungsprojekts soll deshalb im Vorfeld der Landtagswahlen 2016 in Baden-Württemberg in einer experimentellen Untersuchung systematisch getestet werden, wie sich verschiedene Ausprägungsgrade von virtueller Anonymität auf die Bereitschaft zur politischen Meinungsäußerung und deren Qualität auswirken. Zu diesem Zweck soll eine virtuelle Chatumgebung geschaffen werden, in der die Anonymität der Teilnehmer/innen, sowie der Inhalt – hier speziell der Grad der Abweichung von der vorherrschenden Meinung – systematisch variiert werden kann. Dadurch soll untersucht werden, ob Menschen anonyme virtuelle Kommunikationssituationen bevorzugen, wenn Sie glauben, mit ihrer politischen Meinung in der Minderheit zu sein. Außerdem soll gezeigt werden, dass in anonymen Situationen die Bereitschaft, extremere Meinungen zu äußern, steigt. Schließlich soll gezeigt werden, dass sich mit steigender Anonymität der Kommunikationsstil ändert und zwar weg von einem konsensorientierten Meinungsaustausch hin zu einer konfliktbereiten Meinungsexpression. Übergeordnetes Ziel

dieses Projekts ist es, vorangegangene Forschung des Zweit- und Drittantragstellers zu Regulationsmechanismen der Kommunikation in virtuellen Räumen (FOF-4 „Projekt Regulation virtueller Räume und die Selbstregulation der Netzbürger zwischen transnationalem Freiheitsversprechen und informationeller Fremdbestimmung“) um eine sozialpsychologische Perspektive zu ergänzen und somit eine Grundlage für eine interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Forschern zu schaffen.